

Mit konsequenter Vorsorge Mensch und Umwelt vor der Klimakrise schützen

Die Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und NRW ist eine nationale Tragödie. Mehr als 180 Menschen sind ums Leben gekommen, Zehntausende haben ihr Zuhause und damit ihre Heimat verloren, die materiellen Schäden werden sich schätzungsweise im zweistelligen Milliardenbereich bewegen. Die Bewältigung dieser Katastrophe und der Wiederaufbau werden unser Land und vor allem die betroffenen Menschen und Regionen Jahre beschäftigen.

Zugleich ist diese Katastrophe ein Fenster, durch das wir auf unsere Zukunft schauen. Nicht jede Naturkatastrophe ist eine unmittelbare Folge der Erderhitzung. Starkregen, heiße Sommer, Waldbrände und Sturmfluten hat es schon immer gegeben – aber die Heftigkeit, Summe und die schnelle Abfolge der Extremwetterereignisse sind ein untrüglicher Indikator dafür, dass die Klimakrise da ist und Menschenleben kostet. Nicht nur Dürreperioden, Starkregen und Fluten nehmen zu. Auch Hitzewellen machen das Leben im Sommer insbesondere in den Städten zunehmend unerträglich. Viele tausend Hitzetote haben die letzten Hitzewellen in Europa zu verzeichnen. Auch wenn wir global die kritischen Temperaturschwellen 1,5 oder gar 2 Grad Erhitzung noch nicht erreicht haben, sind die Auswirkungen der Klimakrise bereits unmittelbar - auch bei uns. Und jedes Zehntelgrad mehr kostet Menschenleben, heizt das Artensterben weiter an und rückt die nächste „Jahrhundertflut“ oder „Jahrhundertdürre“ noch näher.

Die jüngste Katastrophe unterstreicht die Dringlichkeit und Notwendigkeit konsequenten Klimaschutzes. Global ist die Temperatur bereits um über 1 Grad gestiegen, aber was wir heute schon erleben, wäre bei einer ungebremsten Klimakrise nur der Anfang. In der Klimakrise gibt es kein „neues Normal“, nur immer weitere Eskalation. Wenn wir das Klima schützen, dann schützen wir also in Wirklichkeit uns selbst, unser Wohlergehen und unsere Freiheit.

Zugleich ist klar: Wir Menschen haben die globale Erhitzung bereits in Gang gesetzt, hinter diesen physikalischen Prozess gibt es kein zurück. Deshalb ist neben konsequentem Klimaschutz die Vorsorge vor den neuen Klimarisiken eine zentrale Aufgabe. Diese betrifft in gleich dreifacher Weise den Kern politischen Denkens und Handelns:

Vorsorge als Leitprinzip neuer Politik

Wir sind als Menschen nicht so sonderlich gut darin, Verantwortung auch für etwas oder jemanden zu übernehmen, was weit weg ist zeitlich oder räumlich. So richtig fängt Politik meist erst an zu reagieren, wenn es darum geht, dass wir ganz direkt

betroffen sind. Aber so kommen wir nicht durch die nächsten zwei Dekaden, denn so laufen wir den Krisen immer hinterher. Die Menschen auch in Deutschland brauchen einen besseren Schutz vor den zunehmenden Extremwetterereignissen und Klimaschäden. Es geht darum, Gefahr für Leib und Leben und enorme Schäden an Umwelt und Infrastruktur abzuwenden. Aussitzen und abwiegeln, wie wir es bei Hochwasserschutz und Vorsorge immer wieder erlebt haben – mit dieser Gewohnheit sollten wir jetzt endgültig brechen. **Vorsorge muss zum Leitprinzip einer neuen Politik werden.** Das klingt leicht, ist es aber nicht. Es bedeutet, im Hier und Jetzt massiv Ressourcen dafür bereitzustellen, um späteres Unglück abzuwenden. Es geht also um handfeste materielle und politische Ziel- und Interessenskonflikte.

Der Natur mehr Raum geben

Die Natur ist nicht nur unsere Lebensgrundlage, sondern geballte Kraft und Energie. Unsere menschliche Kreativität, unsere Innovationskraft und unser Erfindungsgeist sind wichtige Instrumente, dafür zu sorgen, dass wir Menschen durch diese Naturgewalten nicht zu Schaden kommen. Die neuen Impfstoffe gegen Corona, digitale Modelle, die Starkregenfluten präziser vorhersagen, technischer Hochwasserschutz - all das ist wichtig, um uns zu schützen. Aber wir haben in den vergangenen Wochen nach Corona nun das zweite Mal erlebt, wie zerbrechlich wir Menschen im Angesicht der Natur eben auch sind. Die zweite Leitidee einer neuen Politik ist daher: **Wir müssen unser Verhältnis zur Natur neu bestimmen.** Es liegt an uns, sie besser zu schützen, und ihr mehr Raum zu geben, damit sie uns schützt.

Gesundheitsschutz

Eine neue Politik muss Gesundheitsschutz neu fassen. Die Pandemie war dafür der erste Fingerzeig, die Klimakrise ist der zweite. Denn sie ist für viele Menschen auch ein medizinischer Notfall. Allein 2018 sind nach einer im Fachjournal Lancet veröffentlichten internationalen Studie über 20.000 Menschen in Deutschland an Hitze gestorben¹ und wir müssen uns auf immer mehr extreme Hitzesommer einstellen. Die Bundesregierung selber erfasst dazu keinerlei Zahlen, kann demnach auch nicht auf Trends reagieren. Besonders gefährdet durch Hitzewellen sind ältere sowie chronisch kranke Menschen. **Eine präventive und ganzheitliche Gesundheitspolitik ist die dritte Leitidee einer neuen Politik.**

Entlang dieser drei Leitideen der konsequenten Vorsorge, eines neuen Naturverständnisses und eines umfassenden Gesundheitsschutzes schlagen wir folgende Punkte für die Politik einer neuen Bundesregierung vor.

¹ [https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736\(20\)32290-X/fulltext](https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736(20)32290-X/fulltext)

1. Konsequente Klimavorsorge

Wir wollen die Klimavorsorge stärker als bisher als Querschnittsaufgabe verankern. Es braucht eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen für dieses Jahrzehnt. Klimavorsorge ist dabei auch eine soziale Frage. Der Staat muss gezielt den Menschen und den Kommunen helfen, die sich die notwendigen Maßnahmen zur Vorsorge nicht so einfach leisten können.

Gemeinsam handlungsfähig: Neue Aufgaben erfordern neue Strukturen. Bund und Länder sollen gemeinsam erarbeiten, wie die Klimavorsorge über bestehende oder neu zu schaffende Gemeinschaftsaufgaben bewältigt und finanziert werden kann. Der Rahmen für alle gemeinsamen Anstrengungen sollte durch ein Klimavorsorgegesetz geschaffen werden.

Risiken und Schäden systematisch erfassen: Nur mit einer flächendeckenden Vorhersage und verbesserte Prognose der Auswirkungen können sich die Menschen schützen und können die öffentliche Hand oder Betriebe Risiken für die öffentliche und private Infrastruktur minimieren. Doch Gefahrenkarten zu Starkregenfolgen beispielsweise sind bisher nur in einigen Vorreiterkommunen oder -bundesländer verbreitet. Zudem erfasst die Bundesregierung bisher noch nicht einmal, wie hoch die Klimaschäden sind und projiziert auch nicht, welche Schäden in Zukunft auf uns zukommen. Wir brauchen die systematische Erfassung in einem Klimaschäden-Kataster. Dieses soll auf Daten der Länder und Kommunen zugreifen und diese bündeln, damit eine gemeinsame Entscheidungsgrundlage geschaffen wird. Das wird auch helfen, politisch die richtigen Schwerpunkte zu setzen.

Infrastrukturen überprüfen und anpassen: Wir müssen unsere Infrastrukturen überprüfen und an die Klimarisiken anpassen. In Karlsruhe legte die letzte Hitzewelle den ÖPNV lahm, die deutsche Bahn kämpft schon bei Normalwetterereignissen mit ihrer Betriebsfähigkeit, die Kanalisation vieler Gemeinden ist mit Starkregen überfordert, der technische Hochwasser- und Starkregenschutz gerade in Gefahrengebieten wie den Mittelgebirgslagen ist teilweise mangelhaft. Es geht um nicht weniger als ein umfassendes Modernisierungsprogramm für unsere Infrastrukturen, Städte und Dörfer. Auch die Verkehrsinfrastruktur muss angepasst werden und die anstehende Überprüfung des Bundesverkehrswegeplans genutzt werden, um alle Planungen einer Klima-, Umwelt- und Bedarfsprüfung zu unterziehen. Das hilft auch dabei, Mittel für die Sanierung maroder oder für Umwelteinwirkungen besonders anfälliger Infrastruktur freizumachen.

Finanzierung bereitstellen: Klimavorsorge ist eine umfassende Herausforderung und kostet zunächst eine Menge Geld – das aber gut angelegt ist, weil es hohe Folgekosten in der Zukunft vermeidet. Mit dieser Aufgabe wollen wir die Kommunen,

gerade die strukturschwachen, nicht allein lassen. Bei solchen essentiellen Fragen muss es schnell gleichwertige Verhältnisse überall in unserem Land geben. Die Klimavorsorge wirft deshalb auch erneut die Frage auf, was uns wichtig ist und welche Prioritäten wir in der Haushaltspolitik setzen. Wir halten Steuersenkungen für Wohlhabende und ein starres Festhalten an der Schuldenbremse für falsch. Mit einer Reform der Schuldenbremse ermöglichen wir ein Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen, auch um uns vor den Klimarisiken zu schützen. Wir wollen, dass der Bund die notwendigen Anpassungen vor Ort mit einem Klimavorsorge-Fonds von 25 Milliarden Euro in den nächsten zehn Jahren mitfinanziert, wie die Umwandlung in „Schwammstädte“, Maßnahmen des Hochwasserschutzes oder den Umbau der Kanalisation. Außerdem wollen wir jährlich 10 Prozent der Gelder aus dem Energie- und Klimafonds in Investitionen für Klimanaturschutz zur Verfügung stellen. Dazu gehören insbesondere Maßnahmen, die dem Klimaschutz und der Vorsorge zugleich dienen, wie die Renaturierung von Flüssen und die Wiedervernässung von Mooren.

Privathaushalte bei der Vorsorge unterstützen: Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger mit einem Förderprogramm bei der privaten Klimavorsorge gezielt unterstützen. Wer sein Haus etwa vor Starkregen oder Hochwasser schützt, soll dafür ähnlich wie bei der energetischen Gebäudesanierung KfW-Mittel oder eine Steuerförderung bekommen. Gefördert werden dann z.B. Maßnahmen, die das Gebäude widerstandsfähiger gegen eindringendes Wasser durch Starkregen machen, etwa Rückstauklappen oder den Schutz bodenliegender Fenster. Dafür braucht es auch qualifizierte Beratungsangebote wie Klimaanpassungsmanager für Kommunen und Privatleute.

Risiken besser absichern: Durch die Klimakrise werden immer mehr Menschen von Katastrophenschäden betroffen sein. Hier ist ein faires Verhältnis von privater Beteiligung und gesellschaftlicher Solidarität nötig. Weder dürfen die Menschen, deren Häuser oft seit Generationen an Flüssen oder in Niederungen liegen, allein gelassen werden, noch ist eine Art Vollkasko-Mentalität richtig, dass egal was, der Staat oder die Gemeinschaft schon zahlt. Ohne Versicherung droht Menschen oft der finanzielle Ruin, immer wieder neue staatliche ad-hoc-Hilfen sind keine verlässliche, dauerhafte und gerechte Lösung. Aus den vergangenen Flutkatastrophen wissen wir, dass Personen aus versicherten Haushalten diese auch psychisch besser überstanden haben. Wir wollen also den Versicherungsschutz vor solchen Schäden ausweiten. Die Versicherung vor Elementarschäden sollte Standard werden. Für den Übergang können risikobasierte Tarife gefördert werden.

2. Hochwasserschutz intensivieren

Die dramatischen Überschwemmungen insbesondere in der Eifel haben den Hochwasserschutz wieder in den Fokus gerückt – wie die verheerenden Hochwasser 1997, 2002 und 2013. Schäden durch so extreme Starkregen und Hochwasser-Ereignisse, wie sie an Ahr, Erft und z.T. kleinen Zuflüssen aufgetreten sind, werden sich auch durch die beste Hochwasserprävention nie vollständig vermeiden lassen. Dennoch kann und muss die Hochwasservorsorge deutlich gestärkt werden, um Todesfälle, Verletzte und Schäden an Gebäuden, Infrastruktur und der Natur künftig so gut wie möglich zu verhindern.

Hochwasserrisiken neu bewerten: Die Klimakrise verschiebt die Risiko-Maßstäbe. Die bisher angenommenen Risiken und Gefahren selbst von extremen Hochwassern wurden vom tatsächlichen Ausmaß der aktuellen Überschwemmungen übertroffen. Es braucht neue, bundeseinheitliche Standards zur Darstellung von Extremszenarien in den Hochwasser- und Starkregenrisikokarten. Für die Risikobeurteilung müssen Extremhochwässer, die länger zurückliegen als es eine kontinuierliche Datenaufzeichnung gibt, ebenso genutzt werden wie Modellierungen von Starkregenereignissen, die Grund der Klimakrise künftig heftiger ausfallen können, als dies bisher der Fall war. Auch sollte in den Extremszenarien betrachtet werden, welche Gefahren von Hochwässern ausgehen, wenn der technische Schutz ausfällt, also zum Beispiel Dämme brechen oder Rückhaltebecken überlaufen. Es sollte zudem nicht nur auf den potentiellen Anstieg der Pegel geschaut werden, sondern auch auf die Fließgeschwindigkeiten, denn Wasser ist umso zerstörerischer je schneller es werden kann. In der Konsequenz gilt es dann, Umfang und genaue Lage der gefährdeten Gebiete und Liegenschaften zu aktualisieren. Wichtig ist, dass aus diesen verbesserten Vorhersagen auch politische Schlüsse gezogen werden: im akuten Fall für die Evakuierung der betroffenen Bevölkerung, planerisch für die weitere Siedlungsplanung. In den besonders von Hochwasser betroffenen Gebieten müssen die Ausnahmeregelungen zur Ausweisung von Bauland und zur Erteilung von Baugenehmigungen im Außenbereich dringend auf den Prüfstand.

Hochwasserwarnung verbessern und ernstnehmen: Eine auf wenige hundert Meter genaue Risikovorhersage, die die Wetterdaten mit den Topographie und der Bevölkerungsdichte synchronisiert, ist wissenschaftlich möglich, aber derzeit noch nicht realisiert. Notwendig dafür wären ein hochleistungsfähiges Rechenzentrum und mehr Forschung. Das sollte idealerweise im europäischen Verbund ermöglicht werden. Die Gelder dafür bereitzustellen, das ist die Aufgabe der nächsten Bundesregierung. Es ist zudem wichtig, dass Behörden, Bevölkerung und Helfer*innen genau wissen, wie sie sich im Hochwasserfall verhalten müssen – und

wie man langfristig für den Ernstfall vorsorgen kann, wenn man in einem Risikogebiet lebt. Nötig sind flächendeckende kommunale Hochwasser-Audits und Modellierungen von Starkregenereignissen, funktionierende Warnsysteme und regelmäßige Informationen der Bevölkerung, etwa per Übung in Schulen oder Betrieben. Hauseigentümer*innen sollten über sinnvolle bauliche Maßnahmen informiert werden.

Wasser in der Landschaft halten: Wir wollen die Natur schützen, damit sie uns schützt. Das vorrangige Ziel einer vorsorgenden Hochwasserpolitik muss sein, Wasser in der Landschaft zu halten. So lassen sich Abflussmengen reduzieren und verzögern. Das ist der erste und beste Schutz gegen Hochwasser und zugleich auch eine Vorsorge für Dürrezeiten. Wo Wasser natürlich versickern kann und gespeichert wird, wo Bäche und Flüsse frei fließen, wo es noch funktionierende Moorböden gibt, können Überflutungen und Flutkatastrophen abgeschwächt werden. Die notwendigen Maßnahmen, um Wasser in der Landschaft zu halten, sind lange bekannt und müssen endlich konsequent umgesetzt werden. Fluss- und Bachtäler müssen wo möglich wieder naturnah gestaltet werden – mit ausreichenden Auen und Retentionsräumen. Dazu können durch extensivere Nutzung auch landwirtschaftliche Flächen dienen. Die Böden können durch eine naturnähere Land- und Forstwirtschaft und bodenschonende Bearbeitung wieder aufnahmefähiger gemacht werden.

Unsere Städte und Dörfer begrünen: Unsere Städte und Dörfer mit ihren versiegelten Böden sind besonders gefährdet bei Starkregen und Hochwasser. Und in Hitzewellen heizen sie sich besonders stark auf. Um die damit verbundenen Gesundheitsgefahren zu verringern, gilt es unsere Städte herunterzukühlen. Dafür brauchen wir mehr Stadtgrün, Frischluftschneisen, Gebäudebegrünung, und kühlende Wasserflächen. Die Entsiegelung etwa von Straßen- bzw. Parkraum und Freiflächen, und die Begrünung von Dächern und bereits versiegelter Flächen spielen dabei eine wichtige Rolle. Mehr Grün in der Stadt erhöht auch die Lebensqualität für all jene, die sich keinen eigenen Balkon oder Garten leisten können. Bereits geltendes Recht wie die Verpflichtung nach Baugesetzbuch, den Anforderungen von Klimaschutz und –anpassung gerecht zu werden, muss konsequent angewandt und durchgesetzt werden – das bedeutet auch eine Anpassung der technischen Regelwerke, auf deren Grundlage Städte und Häuser geplant werden. Die Kommunen brauchen aber für den klimagerechten Umbau Unterstützung durch Verbesserungen im Baurecht und bei der Städtebauförderung. Ausweisung und Erhalt von Grün- und Wasserflächen sollen bei der Planung obligatorisch werden, indem das Bauplanungs- und Naturschutzrecht angepasst werden. Es gilt, das Programm „Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel“ über 2024 hinaus zu verstetigen und zusätzlich ein Förderprogramm „Grüne Freiräume und Wasser für coole Städte“ mit einer Milliarde Euro auf den Weg bringen.

Technischen Hochwasserschutz stärken: Ergänzend zum ökologischen Hochwasserschutz sind Maßnahmen des technischen Hochwasserschutzes notwendig, um bestehende Siedlungen zu schützen. Dazu können Rückhaltebecken auch in Seitentälern oder Rückverlagerungen und die Ertüchtigung von Deichen ebenso gehören wie Wälle, die Regenwassermassen um Ortschaften herum leiten oder das Bereithalten von mobilen Hochwasserschutzwänden. Dabei sollen stärker als bisher vor Ort auch Sonderstandorte für den Hochwasserschutz planerisch und technisch vorbereitet werden. Besser eine Kiesgrube oder ein Braunkohletagebau laufen kontrolliert voll als dass Siedlungen überflutet werden.

Länderübergreifenden Hochwasserschutz sicherstellen: Hochwasserschutz erfordert Zusammenarbeit zwischen Oberliegern und Unterliegern. Das gilt föderal wie europäisch. Die Flüsse kennen keine Grenzen. Aber es gibt begrenzte Umsicht: je höher die Oberlieger Deiche, Wehre und Dämme bauen, desto mehr Wasser kommt bei den Unterliegern an und bedrohen diese. Umgekehrt ist es ein Interesse der Unterlieger, dass in den oberen Stromläufen Platz für Wasser geschaffen wird. Das von der Umweltministerkonferenz nach dem Hochwasser 2013 beschlossene nationale Hochwasserschutzprogramm, das auf gegenseitige Solidarität setzt, braucht dringend ein Update, das auf identifizierte Schwachpunkte beim Hochwasserschutz reagiert. Unter anderem sollte der Fokus von den großen Flussgebieten ausgeweitet werden auf den Handlungsbedarf bei kleineren Flüssen auch in Mittelgebirgslagen und auf die Wahrung von Mindeststandards im Hochwasserschutz in allen Kommunen Deutschlands.

Beratung verbessern: Technischen und ökologischen Hochwasserschutz gilt es in den Gemeinden vor Ort in Hochwasser- und Starkregenmanagementplänen zu kombinieren, zu aktualisieren und konsequent umzusetzen. Nötig ist aber auch unterstützendes -Know-How von Fachleuten, die beraten, wirksame Maßnahmen vor Ort vorantreiben und die Wirksamkeit der Pläne bestätigen. Eine solche Beratungs- und Kontrollinstanz kann bei einem neu zu schaffenden Bund-Länder-Koordinierungsgremium für Klimafolgeschutz (anlag dem Havariekommando für Schiffsunfälle) aufgebaut werden.

In Sicherheit investieren: Das alles bedeutet, in Sicherheit zu investieren. Landwirtschaftliche Flächen müssen regional extensiviert werden, ohne dass dies wirtschaftlich auf Kosten der Landwirt*innen geht, Wälder müssen in naturnahe klimastabile Laubwälder umgebaut, Entwässerung und Kanalisierung zurückgebaut, Deiche rückverlegt werden, Städte umgebaut, Plätze begrünt, Bäume gepflanzt werden. Mit dem strategischen Ankauf von Naturschutzflächen kann die öffentliche Hand zugleich Wasserrückhalteflächen gerade auch in Hochwasserentstehungsgebieten gewinnen. Unser Vorschlag einer Investitionsregel

in der Schuldenbremse deckt diese Maßnahmen ab. Wer hingegen an solchen Maßnahmen spart, gefährdet die Sicherheit der Bevölkerung.

3. Gesundheitsschutz in der Klimakrise

Es gibt kein Themenfeld, das mit dem Klimaschutz so eng verwandt ist, wie die Gesundheitspolitik. Mit besserem Klimaschutz schützen wir Gesundheit und Leben. Innenstädte sind um bis zu zehn Grad heißer als das Umland. Besonders gefährdet durch Hitzewellen sind ältere Menschen, Säuglinge und Kleinkinder, Menschen mit Behinderungen sowie chronisch kranke Menschen. 2018 waren Beschäftigte an knapp 80.000 Arbeitstagen hitzebedingt arbeitsunfähig – eine Vervielfachung innerhalb von nur zehn Jahren. Zudem setzt die Klimakrise unsere sichere Versorgung mit Trinkwasser unter Druck und verstärkt das Risiko, an Allergien zu erkranken. Um den Klima-Gesundheitsschutz besser auszurichten, schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

Hitzeaktionspläne aufstellen: Bisher gibt es gerade einmal Handlungsempfehlungen für die Erstellung von Hitzeaktionsplänen. Doch das reicht nicht aus. Solche Aktionspläne müssen flächendeckend verfügbar und die darin vorgeschlagenen Maßnahmen verbindlich sein. Für vorsorgenden Gesundheitsschutz hat beispielsweise Frankreich einen vierstufigen Hitzeaktionsplan eingeführt. In ihm werden sämtliche Maßnahmen koordiniert und abgestimmt. Hitzeaktionspläne schaffen Verbindlichkeit der Maßnahmen und Transparenz darüber, was wann wie geplant ist. Das Ziel ist, die Zahl der Hitzetoten und hitzebedingte Gesundheitsgefahren so weit wie möglich zu verringern.

Hitzewarnsysteme etablieren: Die Information, Sensibilisierung und Unterstützung besonders gefährdeter Menschen muss gestärkt werden, um sie vor den Folgen von Hitzewellen zu schützen. Ähnlich wie beim Hochwasserschutz muss ein Hitzewarnsystem etabliert werden, das alle erreicht und Hitzewarnungen mit verständlichen Informationen zum gesundheitsgerechten Verhalten verbindet. Insbesondere für ältere und kranke Menschen sollten Hitze-Hotlines eingerichtet werden.

Allergieprävention stärken: Die Klimakrise steigert das Risiko, an Allergien erkranken. Der Pollenflug beginnt früher, ist intensiver und dauert länger. Höhere Durchschnittstemperaturen begünstigen die Ansiedlung allergieauslösender invasiver Arten wie Ambrosia. Wir wollen einen umfassenden Allergie-Präventionsplan auf den Weg bringen, der die Auslöser für Allergien reduziert und die Versorgung von Allergiker*innen verbessert.

Hitzeschutz im Gesundheitswesen stärken: Unsere Krankenhäuser, Arztpraxen, Gesundheitszentren und Pflegeeinrichtungen müssen baulich und von den Personalschlüsseln und Arbeitszeiten besser an die Klimakrise angepasst werden, um Patient*innen und Personal vor zu hohen Temperaturen zu schützen.

Trinkwasserversorgung sichern: Trinkwasser ist unser wichtigstes Lebensmittel. Bislang ist die Versorgung in Deutschland gesichert. Doch in heißen Sommermonaten kommt es bereits heute in manchen Kommunen und Landkreisen zu Engpässen bei der Trinkwasserversorgung. Wir wollen deshalb Grundwasservorkommen langfristig schützen und für die öffentliche Trinkwasserversorgung sichern, indem wir einen Vorrang der öffentlichen Trinkwasserversorgung gesetzlich festschreiben und im Raumordnungsrecht mehr Vorranggebiete für die Trinkwasserversorgung ausweisen.

Robert Habeck, Parteivorsitzender BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Anton Hofreiter, Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen
Bundestagsfraktion

Oliver Krischer, stellv. Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen
Bundestagsfraktion